

## Schweiz: „Letzter Hort in Europa“

„Unsere Kaufleute und Fabrikanten klagen sehr über die schlechten Wirkungen hoher Löhne auf die Erhöhung der Warenpreise und über die dadurch bewirkte indirekte Beeinträchtigung des Verkaufs ihrer Waren im In- und Ausland. Sie sagen aber nichts von den schlechten Wirkungen hoher Kapitalgewinne.“ Dies schrieb der englische Volkswirtschaftler und Philosoph Adam Smith vor mehr als 200 (!) Jahren. Heute stellen wir fest, dass sich die Melodie dieses Klageliedes nicht geändert hat und nur der Text einige Ergänzungen erfahren hat. Doch der leiseste Wind der Wirklichkeit lässt das mühsam errichtete Gebäude falscher Behauptungen in sich zusammenfallen. Konzentrieren wir uns für einmal „en bloc“ auf das, was neben den eigentlichen Lohnkosten unter dem Oberbegriff Lohnnebenkosten von den Arbeitgeberverbänden gern und oft als nachgerade unzumutbar und nachhaltige Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland bezeichnet wird. Wenn wir hier den Beweis für die ausgezeichnete Wettbewerbssituation für die Schweizer Unternehmen antreten, so können wir für einmal auf jegliches Zahlenmaterial und die üblichen statistischen Spielereien verzichten. Wir können uns in diesem Zusammenhang auf die unmissverständlichen und an Deutlichkeit kaum zu überbietenden Feststellungen eines unverdächtigen Zeugen und massgebenden Persönlichkeit aus dem Wirtschaftsleben beschränken. Anlässlich seines Vortrages in Zürich stellte der Geschäftsführer der Handelskammer Deutschland-Schweiz, Dr. Haro Eden, fest, dass die Schweiz als „letzter Hort Europas“ für deutsche Investoren laufend an Bedeutung gewinne. Es sind, so seine Ausführungen, jährlich mehrere Dutzend deutsche Unternehmen, und der Trend ist zunehmend, welche im Zusammenhang mit den äusserst günstigen Voraussetzungen die Schweiz als Standort wählen. Konkret erwähnt der Referent, dass allein die Salärnebenkosten in der Bundesrepublik rund doppelt (!) so hoch sind wie in der Schweiz. Es sind die gleichen Tatsachen, die auch auf andere Nationen eine eigentliche Magnetwirkung ausüben. Nur die Schweizer selbst haben etwelche Mühe, dies einzugestehen. Wissenschaftlich klar wiederlegt wird nun auch die in letzter Zeit wiederholt von Unternehmerkreisen propagierte Behauptung einer angeblichen grenzenlosen Gesetzesproduktion, welche zu einem weiteren Kostenfaktor führe und die unternehmerische Handlungsfreiheit nachteilig beeinträchtige. Ganz abgesehen davon, dass Gesetze im allgemeinen einen eigentlichen Schutzwall für die schwächeren und benachteiligten Volksschichten bilden und neuen Vorschriften meist massive Missbräuche vorausgehen, wurde nun in einer wissenschaftlichen Untersuchung durch den Politologen und Juristen Wolf Linder von der Universität Lausanne eindeutig festgestellt, dass von einer Normenflut überhaupt nicht die Rede sein kann. In seiner Erhebung weist er vor allem auch darauf hin, dass mit der Inkraftsetzung von neuen Gesetzen in der Regel alte und überholte aufgehoben werden. Die Analyse hat eindeutig ergeben, dass absolut nicht von einer Gesetzesinflation gesprochen werden kann, haben doch die gültigen Erlasse auf Landesebene im Zeitraum von 1947-1982 lediglich um 17,5% zugenommen. Das entspricht einer Wachstumsrate von nur 0,5% pro Jahr. Wenn wir uns vor Augen halten, was sich in diesen 35 Jahren alles geändert hat, so ist diese Verordnungsproduktion keineswegs alarmierend. Nicht umsonst steht von sämtlichen Bereichen der Verkehr an der Spitze, gefolgt von der Landwirtschaft. Interessanterweise fallen moderne Aufgaben wie Raumplanung, wirtschaftliche Entwicklung, Umweltschutz oder Wissenschaft und Forschung kaum ins Gewicht. Es darf dabei auch darauf hingewiesen werden, dass gerade jene Kreise, welche beharrlich und vorbehaltlos dem Slogan „Mehr Freiheit und Selbstverantwortung - weniger Staat“ huldigen, durch oft rücksichtsloses Überschreiten von gegebenen Hemmschwellen das Schliessen von Gesetzeslücken geradezu provozieren. Die erwähnte Untersuchung hat nun unmissverständlich gezeigt, dass von einer Gesetzesflut überhaupt nicht gesprochen werden kann.

VHTL-Zeitung, 6.11.1985.

VHTL-Zeitung > Wirtschaftspolitik. VHTL-Zeitung, 1985-11-06